

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Schulverwaltungsamt

**Situation der Heidelberger Berufsschulen
und ihre Entwicklungsperspektiven mit dem
Ziel einer Absprache mit dem Oberschulamt,
dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt
Mannheim
- Sachstandsbericht**

Informationsvorlage

Beschlusslauf!

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Kulturausschuss	10.11.2004	N	O ja O nein	
Haupt- und Finanzausschuss	01.12.2004	N	O ja O nein	
Gemeinderat	16.12.2004	Ö	O ja O nein	

Inhalt der Information:

Der Kulturausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der Gespräche über die Heidelberger Berufsschulen und ihre Entwicklungsperspektiven mit dem Ziel einer Absprache mit dem Rhein-Neckar-Kreis, Stadt Mannheim und dem Oberschulamt Karlsruhe zur Kenntnis.

Sitzung des Kulturausschusses vom 10.11.2004

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.12.2004

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2004

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Mit der Vorlage 56/2003 haben wir den Gemeinderat über die grundsätzliche Situation an den beruflichen Schulen und die eingerichteten gemeinsamen Arbeitskreise mit dem Rhein-Neckar-Kreis, der Stadt Mannheim und dem Oberschulamts Karlsruhe informiert. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Staatliche Schulverwaltung und die Schulträger nahezu deckungsgleiche Ziele verfolgen, nämlich die finanziellen Aufwendungen für die beruflichen Schulen auf der personellen und ausstattungstechnischen Seite sinnvoll einzusetzen. Parallel zu den schulträgerinternen Gesprächen zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis, der Stadt Mannheim und der Stadt Heidelberg wurde vom Oberschulamts Karlsruhe im November 2003 ein Regionaler Arbeitskreis ins Leben gerufen, an dem auch die Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer sowie die Schulträger des Neckar-Odenwald-Kreises, Rhein-Neckar-Kreises, der Stadt Mannheim und Stadt Heidelberg mit einbezogen sind. Ziel dieses Regionalen Arbeitskreises soll es sein, einvernehmliche Lösungen zu finden, wie durch eine Lenkung von Schülerströmen kostenintensive Klein- und Kleinstklassen vermieden werden können. Dadurch tangiert sind auch die Überlegungen der Schulträger, durch entsprechende Konzentrationen bestimmter Ausbildungsberufe teure Investitionen in Sachausstattungen zu vermeiden.

Erste Sitzungen fanden im November 2003 und April 2004 statt. Hier wurden alle Beteiligten über die derzeitige Situation an den beruflichen Schulen und sich abzeichnende Probleme ausführlich informiert. Nachfolgend ist der Sachstand der bisherigen Gespräche, die auch in kleineren Kreisen zusammen mit dem Oberschulamts Karlsruhe geführt wurden, dokumentiert.

Ausgangspunkt der Überlegungen beim Oberschulamts Karlsruhe und den Schulträgern:

Bereits vor Jahren hat die Stadt Heidelberg mit dem Oberschulamts Karlsruhe, dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Mannheim wegen dieser Problematik Kontakt aufgenommen. Es sollte geklärt werden, ob nicht durch eine gezielte Absprache diesen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann. Einem gemeinsamen Vorgehen oder einer verbindlichen Absprache standen allerdings immer wieder politische Hindernisse im Weg. In Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation, in der sich die Kommunen momentan befinden, könnte aber eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit für alle Beteiligte Vorteile bringen.

Eine Harmonisierung der Schulangebote ist durchaus erreichbar. Verschiedene Ausbildungszweige erfordern eine sehr kostenintensive Schulausstattung und einen hohen Sachaufwand für bestimmte Geräte (Sicherheitslabore im Bereich der Biotechnologie, hochwertige Druckmaschinen, Diagnose- und Analysegeräte u.a.) Dies bedeutet für jeden einzelnen der drei Schulträger der Region hohe Kosten.

Im regionalen Kontext des Rhein-Neckar-Raumes mit den unterschiedlichsten Berufsschulzentren sind daher Konzentrationen bestimmter Ausbildungsberufe an festzulegenden Standorten sinnvoll. Dabei sind insbesondere Schwerpunkte in Wirtschaft, Industrie und Handwerk mit zu berücksichtigen. So wurde z. B. bei der Entwicklung an den Heidelberger Berufsschulen Wert darauf gelegt, das bestehende Profil um zukunftsfähige Berufsbereiche zu ergänzen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den Zukunftsbranchen wie Bio-Technologie und Informationstechnik (IT). Diese Bereiche werden konzentriert im Gewerbeschulzentrum in Wieblingen unterrichtet: an der Marie-Baum-Schule (Biotechnologisches Gymnasium), an der Carl-Bosch-Schule (Technisches Gymnasium mit IT-Bereich, Berufskolleg technische Kommunikation, Berufskolleg Medien und Technik) und an der Johannes-Gutenberg-Schule (Fachschule für Informationsdesign, Berufskolleg biotechnologische Assistentinnen und Assistenten, Berufsfachschule Ökologie).

Als sehr schwierig wird sich allerdings das Aufgeben bestimmter Kompetenzen herausstellen. Eine gemeinsame regionale Festlegung der Berufsschulzentren kann nur in einem längeren Prozess erfolgen und erfordert letztendlich die Entscheidung auf oberster kommunaler Ebene in Zusammenarbeit mit dem Oberschulamtsamt. Von einer „Berufsschulregion Rhein-Neckar“ könnten alle drei Schulträger profitieren. Gespräche mit dem Oberschulamtsamt über eine Berufsschulregion sind dabei wichtig, denn dem Oberschulamtsamt kommt die Entscheidung über Schließung und Neueinrichtung von Schulen zu. Möglicherweise könnte dann auch das Land durch Deputatssenkungen finanzielle Vorteile haben und ein gemeinsames Berufsschulkonzept unterstützen.

Eine notwendige Standortverlagerung infolge der veränderten regionalen Betriebsstruktur erfolgte bereits im Fleischerhandwerk, über die der Gemeinderat im Jahre 2002 entschied. Hier fand eine einvernehmliche Lösung zusammen mit der Stadt Mannheim, dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Oberschulamtsamt Karlsruhe mit einer Konzentration der Ausbildung in den Standorten Mannheim und Sinsheim statt.

Die Ursachen der derzeitigen Situation an den beruflichen Schulen liegen vor allem in

- Überlastungssituationen an vereinzelt Standorten; besonders in den regionalen Oberzentren (z.B. im Berufsvorbereitungsjahr).
- Überkapazitäten bei beruflichen Schulen im Ausbildungsangebot infolge des wirtschaftlichen Strukturwandels, der sich auch auf die Berufs- und Arbeitswelt im Rhein-Neckar-Dreieck auswirkt.

Die heutige Berufswelt und damit auch die Anforderungen an die beruflichen Schulen ändern sich immer schneller. Traditionelle Ausbildungsberufe sind nicht mehr gefragt. So gingen in den letzten Jahren die Schülerzahlen z.B. in Berufen wie Maurer, Fleischer, Bäcker erheblich zurück. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Ausbildungszahlen in anderen Berufen wie Koch, Restaurantfachkraft usw. feststellbar. Hinzu kamen neue Ausbildungsberufe mit zum Teil großen Schülerzahlen wie Mechatroniker, Sport- und Fitnesskaufmann, Veranstaltungskaufmann und Fachkraft für Systemgastronomie. Weiter lässt sich in den letzten Jahren generell ein Rückgang der Ausbildungsbereitschaft (nach vorläufigem Ergebnis des Statistischen Landesamtes gab es im Jahr 2003 in Baden-Württemberg etwa 1.200 Ausbildungsplätze weniger als im Vorjahr) beobachten. Parallel zu den beschriebenen strukturellen Veränderungen wurden Ausbildungen neu geordnet. Seit 1996 erfolgten über 200 Neuordnungen einzelner Ausbildungsberufe; ca. 50 Berufe entstanden in diesem Zeitraum neu. Von Bundesseite wird eine immer größere Spezialisierung innerhalb der Berufe gefordert. Oftmals werden solche Verfahren innerhalb eines Berufsfeldes nicht zeitgleich durchgeführt. Dies hat zur Folge, dass ehemals gemeinsam beschulte Ausbildungsgänge aufgrund unterschiedlicher Lehrpläne nicht mehr zusammen unterrichtet werden können. Die Kultusministerkonferenz hat u.a. diese Entwicklung zum Anlass genommen, einen Forderungskatalog zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung zu verabschieden. Diese allgemeinen Entwicklungen haben zwangsweise Auswirkungen auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler und damit auch auf die bestehenden Schulstandorte im Rhein-Neckar-Dreieck.

Trotz der geschilderten sehr unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Berufe blieben die Schulstrukturen der Standorte weitgehend unverändert. Neue Schularten bzw. Ausbildungsberufe wurden an bestehenden Schulen nur hinzugefügt.

Das Oberschulamtsamt Karlsruhe hat aus den oben genannten Gründen mit Beginn des Schuljahres 2003/04 einen Schulentwicklungsprozess eingeleitet, der die beruflichen Schulen bei ihren Bemühungen um die Bildung eines klaren Profils, das den Erfordernissen der jeweiligen Region entspricht, unterstützen soll.

Dieser Schulentwicklungsprozess verfolgt das Ziel, die hohe Qualität der beruflichen Bildung an den Schulen in der Region Rhein-Neckar zu sichern und zu stärken. Darüber hinaus ist sich das Oberschulamt Karlsruhe seiner Verantwortung bewusst, in Anbetracht der gegenwärtig sehr angespannten Haushaltslage des Landes Baden-Württemberg sowie zahlreicher Schulträger im Bereich des Oberschulamtes Karlsruhe, den zielgerichteten Einsatz der knappen personellen sowie sächlichen Ressourcen zu optimieren. Daneben gilt es insbesondere auch regionalen und pädagogischen Aspekten Rechnung zu tragen.

Der eingeleitete Schulentwicklungsprozess ist partizipativ angelegt. Alle an der beruflichen Erstausbildung Beteiligten in der Region im baden-württembergischen Bereich wurden frühzeitig eingebunden und gestalten die erforderlichen Problemlösungen mit. Die Schulträger in der Region, die Stadt Heidelberg, die Stadt Mannheim sowie der Rhein-Neckar-Kreis sind von Anfang an vielfältig in die „regionale Schulentwicklung“ eingebunden.

Gegenwärtiger Sachstand:

Aufgrund der an einzelnen Standorten in der Region vorhandenen geringen Zahl an Auszubildenden ist eine Bereinigung solcher Standorte aus Ressourcengründen unumgänglich. Die Zuständigkeit für diese Maßnahme hat das Kultusministerium mit Verordnung vom 19. 10.2000 an die Oberschulämter übertragen. Das für die Region zuständige Oberschulamt Karlsruhe hat zur Behandlung der Standortfrage eine Gesamtkonzeption entwickelt, die vorsieht, unter Einbeziehung aller Beteiligten einvernehmliche Lösungen für die anstehende Problematik in einem mehrjährigen Prozess zu erzielen.

Bis zum Schuljahr 2006/07 sollen die Schulen ein den betrieblichen Erfordernissen der Region abgestimmtes Schulprofil erarbeitet haben. Dabei wird insbesondere auf die Vermeidung von Konkurrenzsituationen benachbarter Schulstandorte geachtet werden. Im weiteren Verlauf des bis 2010 angelegten Prozesses sollen die Schulen zu regionalen beruflichen Kompetenzzentren entwickelt werden.

Folgende Maßnahmen haben sich bei der Diskussion im Rahmen der Regionalkonferenz ergeben und bedürfen bei einer Umsetzung der Zustimmung der jeweiligen Schulträger

Neuordnung im Berufsfeld Elektrotechnik:

In der Region werden Fachklassenstandorte im o.g. Berufsfeld festgelegt. Schüler eines bestimmten neu geordneten Elektro-Ausbildungsberufs sollen jeweils in einer Fachklasse gemeinsam beschult werden. Zum kommenden Schuljahr 2005/06 werden vorläufige Fachklassenstandorte eingerichtet, an deren Festlegung die Schulträger und Kammern beteiligt sind. Eine endgültige Vereinbarung über die Fachklassenstandorte wird zum Schuljahr 2006/07 erfolgen. Hierzu bedarf es dann einer Zustimmung des Gemeinderates.

Ausbildungsberuf Bankkaufmann/-frau:

Die Schülerzahlen im o.g. Ausbildungsberuf sind in der gesamten Region erheblich gesunken. Besonders bemerkbar machte sich diese Entwicklung am Standort Eberbach. Die Ausbildung am dortigen Standort wurde zum laufenden Schuljahr 2004/05 eingestellt. Durch diese Maßnahme werden vor allem die Ausbildungsstandorte Ludwig-Erhard-Schule Mosbach und Willy-Hellpach-Schule Heidelberg in ihrem Finanzprofil gestärkt.

Ausbildungsberuf Einzelhandelskaufmann/-frau:

Die Schülerzahlen am Schulstandort Wiesloch sind in diesem Ausbildungsberuf seit mehreren Jahren stark rückläufig. Die Ausbildung am dortigen Standort wurde zum laufenden Schuljahr 2004/05 eingestellt. Durch diese Maßnahme werden die Ausbildungsstandorte Max-Weber-Schule Sinsheim und Julius-Springer-Schule Heidelberg in ihrem Handelsprofil gestärkt.

Ausbildungsberuf Fahrzeuglackierer/-in:

Die Beschulung in diesem zum Schuljahr 2003/04 neu eingerichteten Ausbildungsberuf erfolgte bislang gemeinsam mit dem Ausbildungsberuf Maler. Aus Gründen der Qualitätssicherung ist dies dauerhaft nicht möglich. Insgesamt gab es in der Region weniger als 30 Auszubildende an drei Standorten. Die Ausbildung an der Johannes-Gutenberg-Schule Heidelberg wurde zugunsten der Standorte Heinrich-Lanz-Schule II Mannheim und Gewerbeschule Mosbach eingestellt. Für den Schulträger Heidelberg konnte so die Investition in eine neue Werkstatt eingespart werden. Die verbliebenen beiden Standorte können sich zu regionalen Lackierzentren entwickeln.

Berufsfeld Kraftfahrzeug:

Infolge einer Neuordnung der Kfz-Berufe werden ab dem Schuljahr 2005/06 die Ausbildungsberufe „Pkw-Technik“; Nutzfahrzeugtechnik“ und „Fahrzeugkommunikationstechnik“ getrennt beschult. Das Oberschulamt Karlsruhe wird gemeinsam mit den Schulträgern, den Kammern sowie den betroffenen Schulen nach tragfähigen Lösungen suchen. Eine Entscheidung darüber wird zeitnah dem Gemeinderat vorgelegt.

Berufsfeld Bau:

Die Zahl der abgeschlossenen Auszubildenden im Berufsfeld Bautechnik ging in den vergangenen Jahren drastisch zurück. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig

- Die Betriebsstruktur in der Region hat sich erheblich verändert; große regionale Unternehmen mussten Insolvenz anmelden. Insgesamt hat sich die Anzahl der potentiellen Ausbildungsbetriebe erheblich verringert.
- Die grundsätzliche Ausbildungsbereitschaft großer Unternehmen hat sich verschlechtert; nicht zuletzt unter dem Einfluss des starken Kostendrucks im Baugewerbe.
- Konjunkturelle Auswirkungen beeinflussen derzeit die Auftragslage nachteilig, was sich in der Personalplanung bemerkbar macht.

In Folge der dargestellten Einflüsse hat sich die Schülerzahl in diesem traditionellen Ausbildungsberuf auf 444 Schülerinnen und Schüler über drei Ausbildungsjahrgänge im Schuljahr 2003/ 2004 reduziert. Die Beschulung im Berufsfeld Bautechnik wird in der Region „Rhein-Neckar-Odenwald“ an insgesamt fünf Standorten angeboten:

Schule/Standort	Schüler/-innen
Gewerbeschule Mosbach	65
Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim	21
Johannes-Gutenberg-Schule Heidelberg	99
Heinrich-Lanz-Schule II Mannheim	139
Theodor-Frey-Schule Eberbach	120

Um eine tragbare Lösung für diesen Ausbildungsberuf zu finden, wurden in einem Facharbeitskreis mit den Kammern verschiedene Möglichkeiten ausgiebig diskutiert. Dabei hat man sich darauf verständigt, an der Friedrich-Hecker-Schule in Sinsheim für die Region die Bildungsangebote in den Berufen Maurer/Stahlbetonbauer sowie Tief- bzw. Rohrleitungsbauer zu konzentrieren.

Hintergrund hierfür war, dass der Rhein-Neckar-Kreis erst kürzlich erhebliche Investitionen in der Bauabteilung vorgenommen hat und in den Städten Mannheim und Heidelberg in absehbarer Zeit erhebliche Investitionen anstehen. Sobald mit allen Beteiligten das weitere Vorgehen abgestimmt ist, wird das Oberschulamt Karlsruhe die erforderlichen Beschlüsse nach dem Schulgesetz bei den jeweiligen Schulträgern einfordern. Nicht hiervon betroffen ist der Ausbildungsberuf der Bauzeichner, der weiterhin an der Johannes-Gutenberg-Schule verbleibt.

Ausblick:

Diese regionale Schulentwicklung zusammen mit dem Oberschulamt Karlsruhe eröffnet den beruflichen Schulen und Schulträgern in der Region die Chance, ein spezifisches Schulprofil zu entwickeln. Schulleitungen und Lehrerkollegien werden in diese Entwicklung aktiv eingebunden. Die notwendigen Veränderungen werden dazu beitragen, ein regional abgestimmtes Bildungsangebot in den verschiedenen Berufsfeldern zu schaffen, das den betrieblichen Bedürfnissen in der Region gerecht wird. Langfristig beinhaltet diese Profilentwicklung den Vorteil, dass Konkurrenzsituationen zwischen den benachbarten beruflichen Schulstandorten überwunden werden können und die Qualität der beruflichen Ausbildung sicher gestellt ist. Für die am regionalen Schulentwicklungsprozess beteiligten Schulträger bietet dies die Chance, teure Doppelinvestitionen an benachbarten Schulstandorten bzw. gar Fehlinvestitionen dauerhaft zu vermeiden. Somit besteht die Möglichkeit, die Ausstattungsqualität der „beruflichen Hightech-Standorte“ in der Region langfristig zu sichern und zu stärken.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

gez.

Dr. B e ß